



**TOP Ia Gesundheits-, Sozial- und ärztliche Berufspolitik  
Aussprache zum Leitantrag**

**Titel:** Koalitionsvertrag und ärztlicher Arbeitsalltag

**Entschließungsantrag**

**Von:** Prof. Dr. Johannes Buchmann als Abgeordnete der Ärztekammer  
Mecklenburg-Vorpommern  
Dipl.-Med. Fridjof Matuszewski als Abgeordneter der Ärztekammer  
Mecklenburg-Vorpommern  
Dr. Anke Müller als Abgeordnete der Ärztekammer Mecklenburg-Vorpommern  
Dr. Wilfried Schimanke als Abgeordneter der Ärztekammer Mecklenburg-  
Vorpommern  
Dr. Evelin Pinnow als Abgeordnete der Ärztekammer Mecklenburg-  
Vorpommern  
Karsten Thiemann als Abgeordneter der Ärztekammer Mecklenburg-  
Vorpommern  
Prof. Dr. Andreas Crusius als Mitglied des Vorstands der Bundesärztekammer

**DER DEUTSCHE ÄRZTETAG MÖGE FOLGENDE ENTSCHEIDUNG FASSEN:**

Der 121. Deutsche Ärztetag 2018 weist die im Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und SPD formulierte Ausweitung der Mindestsprechstundenzeiten für gesetzlich Versicherte von 20 auf 25 Stunden als nicht zielführend zurück.

Dies als Ziel im Koalitionsvertrag zu formulieren, konterkariert den ärztlichen Arbeitsalltag. Bereits 2016 betrug die durchschnittliche Sprechstundenzeit der niedergelassenen Fachärzte in Deutschland 32,6 Stunden/Woche. Nicht berücksichtigt ist darin die auf Bürokratie wie Berichte, Gutachten, Abrechnungsbegründungen etc. und Hausbesuche sowie Behandlungen außerhalb der Sprechzeiten entfallende Zeit, die letztlich zu Wochenarbeitszeiten führt, die deutlich über den Regelungen des Arbeitszeitgesetzes (ArbZG) liegen.

Die Regelung ausdrücklich auf gesetzlich Versicherte zu beziehen, treibt einen Keil in das Patientengut, der populistisch sein mag, der alltäglichen Realität jedoch nicht Rechnung trägt. In vielen Praxen gibt es bereits jetzt keinen Unterschied mehr in der Behandlung gesetzlich oder privat versicherter Patientinnen und Patienten. Die Ärzteschaft weist dies als politischen Aktionismus zurück.

Darüber hinaus gehört eine Festlegung von Mindestsprechzeiten in die Regelungskompetenz der Selbstverwaltung. Sie muss regionale Besonderheiten in der Versorgung berücksichtigen. Angesichts der Versorgungssituation in vielen Gebieten der

Angenommen:  Abgelehnt:  Vorstandsüberweisung:  Entfallen:  Zurückgezogen:  Nichtbefassung:

Stimmen Ja: 0

Stimmen Nein: 0

Enthaltungen: 0

ANGENOMMEN



---

Bundesrepublik erscheint eine wissenschaftliche Evaluation der ärztlichen Arbeitszeit geboten.

ANGENOMMEN